



BERICHT

in der Sitzung der 14. Landessynode am 25. November 2010

zu TOP 22: Bericht über bedrängte und verfolgte Menschen in Nord-Korea und anderen aktuellen Krisengebieten

1. Vorbemerkung

Der Bericht über verfolgte Menschen liegt dieses Jahr nach dem weltweiten Gebetstag für verfolgte Christen am 14. November und dem unserer Landeskirche am 26. Dezember, zu dem Ihnen das Materialheft vorliegt. Wir haben vor, ab 2011 der EKD folgend am Sonntag Reminiscere ebenfalls bedrängter und verfolgter Christen zu gedenken.

Seit dem letzten Bericht haben Mitarbeiter bei Besuchen im Sudan, in der Türkei und im Irak Gespräche mit bedrängten und verfolgten Christen geführt.

Der Landesbischof hat u. a. einen Protest gegen die Bedrängnis von Christen in Ägypten öffentlich unterstützt und hat in anderen Fällen interveniert.

Auf dem Boden unserer Landeskirche hat die Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in einem *Schuldbekennnis gegenüber den Anabaptisten* (Wiedertäufern) „tiefes Bedauern und Schmerz über die Verfolgung der Täufer durch lutherische Obrigkeiten und besonders darüber, dass lutherische Reformatoren diese Verfolgung theologisch unterstützt haben“ geäußert. In einem Bußgottesdienst am 22. Juli 2010 in Stuttgart, haben sich der LWB und die Mennonitische Weltkonferenz versöhnt.

Im Oktober ist die umfangreiche *Bad Uracher Erklärung* „zum theologischen Verständnis von Leiden, Verfolgung und Martyrium für die weltweite Kirche in ihrer Mission“ erschienen. An diesem Ergebnis einer internationalen Expertenkonsultation im Stift Urach im Vorjahr haben mehrere württembergische Pfarrerrinnen und Pfarrer mitgearbeitet.

Die *Kapstädter Verpflichtung* des Dritten Lausanner Kongresses für Weltevangelisation im vergangenen Monat, an dem auch Vertreter unserer Landeskirche teilgenommen haben, hat eine Missionstheologie entfaltet, die das Liebesgebot als zentrales Thema aufgenommen hat. Dabei betont sie ausführlich die Feindesliebe auch im Angesicht von Verfolgung als Teil des Liebesgebots, den Aufruf zur Solidarität mit bedrängten Christen und die Bereitschaft zum Leiden für das Glaubenszeugnis.

2. Beeinträchtigungen der Anhänger von Religionen im weltweiten Vergleich

Religiöse Überzeugungen und ihre Ausübung können nicht nur durch den Staat sondern auch durch gesellschaftliche Gruppen und Einzelne beeinträchtigt werden. Mancherorts spielen soziale Anfeindungen sogar die größere Rolle. Zum anderen haben bei staatlicher Religionseinschränkung über die nationale Gesetzgebung und Politik hinaus, lokale und regionale Behörden und Beamte eine beträchtliche Rolle.

Laut einer Studie des Pew-Forschungszentrums (<http://pewforum.org/docs/?DocID=491>) werden in 64 Ländern Anhänger von Religionen durch die genannten Faktoren sehr stark eingeschränkt oder Religionsfreiheit existiert nicht. Da diese Länder sehr bevölkerungsreich sind, betrifft das 70% der Weltbevölkerung (rund 4,8 von 6,8 Milliarden Menschen); am stärksten die jeweiligen religiösen Minderheiten.

Zwar gehen staatliche Einschränkungen und soziale Anfeindungen oft Hand in Hand, doch gibt es einige bemerkenswerte Ausnahmen. In China und Vietnam finden sich extrem hohe Einschränkungen von Religion durch die Regierung aber vergleichsweise weniger Beeinträchtigungen durch sozialen Druck von Einzelnen oder Gruppen in der Gesellschaft. Beim Besuch von Mitgliedern des Ausschusses für Mission, Ökumene und Entwicklung beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) in Bonn betonte Frau Dr. Warning auch noch einmal ausdrücklich dieses Problem in Ländern wie Nigeria, Pakistan und Indien.

Unser diesjähriger Bericht konzentriert sich auf die drei Länder Iran, Nigeria und insbesondere Nordkorea.

Im Sudan, über den wir im Vorjahr berichtet haben, wird im Januar 2011 ein Referendum über die Unabhängigkeit des Südens erwartet. Dies birgt ein großes Kriegsrisiko. Hier bitten wir unsere Gemeinden ausdrücklich um Fürbitte für den gefährdeten Frieden im Land und die Menschen dort.

Generell ist festzuhalten, dass religiöser Glaube und seine insbesondere auch öffentliche Ausübung nicht nur durch Regierungshandeln in vielen Ländern der Welt beschränkt und verletzt werden sondern auch durch soziale Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen. In Einzelfällen beeinflussen soziale Feindseligkeiten die Bedrängung und Verfolgung von Christen mehr als Regierungshandeln in einem bestimmten Land. Mit dem Bericht über ‚Weltweite Einschränkungen der Religionsfreiheit‘ von Brian J. Grim¹ wird darauf hingewiesen, dass 64 Nationen weltweit (ca. ein Drittel aller Länder) hohe Einschränkungen der Religionsfreiheit haben.

¹ Veröffentlicht International Journal for Religious Freedom (IJRF) Vol 3 Issue 1

Da einige der am stärksten restriktiven Länder eine hohe Bevölkerungszahl haben sind ca. 70% der gesamten Weltbevölkerung von schweren bis sehr schweren Einschränkungen in der Ausübung ihrer Religion und ihres Glaubens betroffen.

Im globalen geographischen Vergleich findet sich das höchste Maß an Beeinträchtigungen im Mittleren Osten und Nordafrika. Danach folgt die asiatisch-pazifische Region, allerdings mit großen Kontrasten zwischen freiheitlichen (Japan, Taiwan) und sehr restriktiven Ländern (China, Birma). Hier erleben wir ja derzeit wie brüchig der Frieden im Lande ist nach der Freilassung der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi.

Verfolgung definiert sich demnach als jegliche ungerechte feindselige Handlung, die aus Sicht des Opfers Schaden anrichtet. Sie geschieht mit unterschiedlichen Graden von Feindseligkeit, einem oder mehreren Beweggründen, richtet sich gegen Einzelne oder eine Gruppe von Menschen und richtet unterschiedliche Grade von Schaden an.

Religiöse Verfolgung wird zusätzlich dadurch charakterisiert, dass sie sich speziell gegen einen Gläubigen oder eine Gruppe von Anhängern einer bestimmten Religion oder Weltanschauung richtet, z.B. durch systematische Unterdrückung, Völkermord, Belästigung oder Diskriminierung. Die Verfolgung muss nicht notwendigerweise diese Gläubigen an der Ausübung ihres Glaubens hindern. Zur Charakterisierung als religiöse Verfolgung im Unterschied zu Verfolgung aus anderen Motiven ist es erforderlich, dass Religion das Hauptmotiv hinter jeder Tat ist.

Religiöse Verfolgung von Christen wird noch spezifischer dadurch charakterisiert, dass ihre Opfer hauptsächlich deshalb verfolgt werden, weil sie Christen sind und nicht verfolgt würden, wenn sie nicht als Christen betrachtet würden. Das umfasst Christen unterschiedlichen Verbindlichkeitsgrades. Es ist nicht ausschlaggebend, ob der Grad der Feindseligkeit gering oder groß ist. Die Verfolgung muss Christen nicht notwendigerweise daran hindern oder dabei einschränken, ihren Glauben zu praktizieren oder angemessen zu verbreiten.

Jüngste Ereignisse im Irak

Bevor ich mit meinem Bericht über die diesjährigen Schwerpunktländer beginne möchte ich Sie an die schockierenden Ereignisse vom 31. Oktober d. J. in der Erlöserkirche der Syrisch Katholischen Gemeinde in Bagdad erinnern.

² <http://www.opendoors-de.org/verfolgung/weltverfolgungsindex/index/>

³ Gebetsheft zum Weltweiten Gebetstag für verfolgte Christen der Evang. Allianz in Deutschland 2010, Seite 15

⁴ Gebetsheft zum Weltweiten Gebetstag für verfolgte Christen der Evang. Allianz in Deutschland 2010, Seite 15

⁵ Gebetsheft zum Weltweiten Gebetstag für verfolgte Christen der Evang. Allianz in Deutschland 2010, Seite 15

⁶ Gebetsheft zum Weltweiten Gebetstag für verfolgte Christen der Evang. Allianz in Deutschland 2010, Seite 11

⁷ International Forum for Religious Freedom, Vol 2, Issue 1, 2009, S. 117 Unterdrückung der Religionsfreiheit, Thomas Schirrmacher

⁸ International Forum for Religious Freedom, Vol 2, Issue 1, 2009, S. 122 Unterdrückung der Religionsfreiheit, Thomas Schirrmacher

⁹ Bundespräsident Christian Wulff in seiner Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2010 in Bremen

¹⁰ Bundespräsident Christian Wulff in seiner Rede vor dem türkischen Parlament am 19. Oktober 2010 in Ankara

Bei der gewaltsamen Beendigung einer Geiselnahme in dieser Kirche in Bagdad sind am Abend des 31. Oktober über 50 Personen getötet und nahezu ebenso viele verletzt worden. Unter den Opfern waren drei Priester und Gottesdienstbesucher.

Neun bewaffnete Männer mit Sprengstoffgürteln hatten während eines Gottesdienstes die Kirche gestürmt und die Gläubigen und die Priester als Geiseln genommen. Sie forderten die Freilassung von Al-Kaida-Mitgliedern, die derzeit im Irak und in Ägypten einsitzen. Die Angreifer gehörten einer militanten sunnitischen Vereinigung an, die Al-Kaida nahe steht.

Außerdem wollten sie laut Webseite der Organisation die Freilassung von muslimischen Mädchen erpressen, die in einem koptischen Kloster in Ägypten festgehalten werden sollen. Falls das nicht innerhalb von 48 Stunden geschehe, drohten sie, die Kirche in die Luft zu sprengen.

Nach mehrstündigen Verhandlungen mit der Polizei wurden einige Geiseln freigelassen, darunter 19 Nonnen. Anschließend stürmten Sicherheitskräfte das Gotteshaus. Bei dem Feuergefecht kamen neben Gottesdienstbesuchern auch sieben irakische Sicherheitskräfte ums Leben. Medienberichten zufolge wurden acht Geiselnnehmer getötet, der neunte habe sich in die Luft gesprengt.

3. Verfolgte Menschen in Nord-Korea

3.1. Hintergrundinformation

Nordkorea

Über das Evangelische Missionswerk in Südwestdeutschland (EMS) und seine Mitarbeit an dem Ökumenischen Forum für Frieden, Wiedervereinigung und soziale Entwicklung auf der koreanischen Halbinsel sind wir mit Christen in Nordkorea verbunden. Im September 2009 konnte erstmals eine EKD-Delegation das Land besuchen, zu der auch der Ostasienexperte des EMS, Lutz Drescher, gehörte.

Die Demokratische Volksrepublik Korea gilt als das verschlossenste Land der Welt. Es dringen nur wenig aktuelle Informationen nach draußen und diese sind jeweils nur sehr schwer zu verifizieren.

Zugleich gilt Nordkorea seit Jahren als das religiös repressivste System der Welt. Gerade deshalb sollten wir trotz der schwierigen Informationslage der bedrängten und verfolgten Menschen dort gedenken.

Aus der Regierungspropaganda, Berichten von kontrolliert Reisenden, Flüchtlingen, Überläufern, chinesischen Geschäftsleuten, Mitarbeitern von humanitären Organisationen, heimlichen Besuchern und Menschenrechts- und Religionsfreiheitsberichten ergibt sich ein bruchstückhaftes

und zum Teil verwirrendes Bild. Die meisten Zahlenangaben müssen grobe Schätzungen bleiben.

1910-45 war Korea von Japan besetzt und wurde dann im Norden von russischen und im Süden von amerikanischen Truppen befreit, was die Teilung des Landes zur Folge hatte. Im Norden des Landes herrscht seither ein kommunistisches Regime. Ein Überfall Nordkoreas auf Südkorea 1950 wurde im Koreakrieg 1950-53 mit amerikanischer Hilfe von Südkorea zurückgeschlagen. Bis heute gibt es nur einen Waffenstillstand, und die undurchlässigste Grenze der Welt am 38. Breitengrad wird von einem gewaltigen Militärapparat bewacht.

Die 24 Millionen Nordkoreaner in dem überwiegend gebirgigen Land haben eine 12 Jahre geringere Lebenserwartung als die 48 Millionen Südkoreaner.

Der Diktator Kim Jong Il lässt sich „Lieber Führer“ nennen und setzt seit 1994 die grausame Herrschaft seines praktisch göttlich verehrten Vaters Kim Il-Sung fort. Sein 28-jähriger Sohn Kim Jong-un erhielt kürzlich eine militärische Schlüsselposition und soll wahrscheinlich seine Nachfolge antreten. Der anstehende Führungswechsel führt zu einer ungewissen Zukunft und möglicherweise zur Instabilität. Über eine mögliche Wiedervereinigung von Nord- und Südkorea bestehen auf beiden Seiten sowie innerhalb von Südkorea sehr unterschiedliche Ansichten.

Die menschenverachtende zentralistische Herrschaft der Familie Kim mit Hilfe einer kleinen Elite und eines aufgeblähten Militärapparats wird durch eine messianische Staatsideologie gerechtfertigt, mit der die Bewohner von Kindesbeinen an gewaltsam indoktriniert werden. Die normale Bevölkerung wird von jeglichem ausländischen Einfluss abgeschottet, nach Loyalität zum Regime in Gruppen eingeteilt und behandelt (ein Viertel wird als feindselig eingestuft), unter anderem durch gegenseitige Bespitzelung überwacht und mit drakonischen Strafen für jegliche Abweichung eingeschüchtert. Den Bürgern werden die meisten der verfassungsmäßig verbrieften Rechte vorenthalten, wie Rede-, Presse-, Versammlungs-, und Vereinigungsfreiheit.

Menschenrechtsberichte werfen der Regierung zahlreiche und kontinuierliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor, wie unrechtmäßige Tötungen, Verschwinden lassen von Menschen, willkürliche Verhaftungen, Gefangensetzung politischer Gegner, harte, lebensbedrohliche Gefängnisbedingungen und Folter. Nach Schätzungen des südkoreanischen Geheimdienstes befinden sich 200.000 Menschen (1% der Bevölkerung) in Konzentrationslagern. Die Kombination von schwerer Zwangsarbeit, grausamer Behandlung und Nahrungsentzug führen zu einer außerordentlich hohen Sterblichkeit. Es gibt Berichte, nach denen Gefangene als Versuchsobjekte für biologische und chemische Waffen benutzt wurden. Nach Flüchtlingsberichten werden in den Konzentrationslagern Christen besonders grausam behandelt. Der Anteil der Christen in derartigen Lagern wird von manchen Gruppen auf ein Drittel geschätzt. Sie sind nicht unbedingt wegen ihres Christseins dort, sondern zum Teil wegen

Fluchtversuchen oder weil sie anderweitig als Staatsfeinde gelten. Manche werden auch erst im Lager Christen.

Nordkoreas Volkswirtschaft und Umwelt befinden sich aufgrund von Misswirtschaft in einem verheerenden Zustand. Kostspielige Versuche, sich als Atommacht zu etablieren und exorbitante Militärausgaben (30%) belasten den Haushalt. Der Profit (40% des Staatseinkommens) aus dem internationalen illegalen Handel mit Drogen, Zigaretten und Falschgeld sowie aus Spielkasinos schrumpft. Das Land verkauft weltweit die meisten Raketen.

Aufgrund chronischer Lebensmittelknappheit, weit verbreiteter Unterernährung und periodischer Hungersnöte verhungerten seit 1994 über 3 Millionen Menschen. Das Land ist stark von internationaler Hilfe abhängig. Der Regierung wird vorgeworfen, die Hilfe selektiv zugelassener humanitärer Organisationen immer wieder an Elite und Militär umzuleiten.

Die Hungersnöte führen zahlreiche Nordkoreaner zu illegaler, lebensbedrohlicher und wiederholter Grenzüberschreitung nach China, um Lebensmittel zu beschaffen. Zur Zeit der letzten akuten Hungersnot hielten sich bis zu 300.000 Nordkoreaner illegal im chinesischen Grenzgebiet auf, heute schätzt der UN-Flüchtlingsrat ihre Zahl auf 10.000-30.000. Dabei werden ein Großteil der Frauen Opfer von Menschenhandel und werden zwangsverheiratet oder -prostituiert. Es sind vor allem Christen, die den Flüchtlingen verbotenerweise helfen und sie unter der im chinesischen Grenzgebiet ansässigen nordkoreanischen ethnischen Minderheit verbergen. China erkennt völkerrechtswidrig die nordkoreanischen Flüchtlinge nicht als solche an und macht zugleich mit koreanischen Agenten Jagd auf sie, um sie nach Nordkorea zurückzuführen. Dort werden sie je nach Ausreisemotivation unterschiedlich hart bestraft. Jüngst wurde die Todesstrafe selbst für eine hungerbedingte Grenzüberschreitung angedroht.

Alle praktizierten Religionen neben dem Persönlichkeitskult um die Familie Kim werden von der Regierung als eine Infragestellung der Staatsideologie und des Herrschaftssystems angesehen. Über Jahrzehnte wurde versucht, alle Religionen auszurotten, was weitgehend gelungen scheint. Allerdings werden die illegalen schamanistischen Wahrsager auch von der herrschenden Elite konsultiert. Was nicht unterdrückt werden kann, wird streng kontrolliert. Um die internationale Kritik an mangelnder Religionsfreiheit abzuschwächen, traten ab 1972 vom Staat kontrollierte Religionsvereinigungen (für Buddhisten, Ch'öndogyo, Protestanten und Katholiken) in die Öffentlichkeit, die von regimetreuen Funktionären geleitet werden. Ihre Existenz wird unterschiedlich gedeutet.

Laut Aussagen von Flüchtlingen stellen solche Religionsvereinigungen nur eine äußerliche Fassade dar, um gegenüber internationalen Beobachtern die Unterdrückung religiöser Aktivitäten zu verschleiern, um einzelne religiöse Gebäude als kulturelle Relikte und Touristenattraktionen zu unterhalten und um Hilfgelder ausländischer religiöser Organisationen einzuwerben und zu

kanalisieren.

Laut offiziellen Schätzungen der Regierung gibt es in der Korean Christian Federation etwa 13.000 Protestanten und etwa 4000 katholische Christen in einer ähnlichen Vereinigung. Für das ganze Land stehen nur 4 Kirchengebäude in der Hauptstadt Pjöngjang (1 katholisches, 2 protestantische, 1 russisch-orthodoxes) zur Verfügung. Gegenüber dem UN-Menschenrechtsrat erklärte die Regierung auf Nachfrage im Jahr 2002, es gebe weitere 500 „family worship centers“ ohne Leiter. Seit 1972 ist das theologische Seminar wiedereröffnet und bildet derzeit 12 Pfarrer in einem inzwischen fünfjährigen Kurs aus. 1983/84 wurden NT, Gesangbuch und AT sowie 1990 ganze Bibeln in Nordkorea gedruckt.

Manche christliche Kreise im Süden sprechen davon, dass sich in dieser von der Regierung kontrolliert geduldeten „Korean Christian Federation“ vor allem „Altchristen“ versammeln, also Menschen, die schon vor der kommunistischen Machtübernahme Christen waren, einschließlich ihrer Nachfahren.

Daneben gibt es wohl auch andere „Altchristen“ und ihre Nachfahren, die ihren Glauben heimlich ausüben. Darüber hinaus zeugen sowohl die Gegenmaßnahmen der Regierung als auch die Berichte von Flüchtlingen von einer wachsenden Zahl von Neu-Christen, die während eines (meist illegalen) Aufenthalts in China den christlichen Glauben annehmen, ohne vorher je zu Christen in Nordkorea Kontakt gehabt zu haben.

Jüngst wurde berichtet, es seien bei Hausdurchsuchungen viele Christen entdeckt worden. Manche schätzen die Zahl der Untergrundchristen aufgrund der starken Kontrolle über die Bevölkerung auf wenige Tausend oder einige Zehntausend, andere (von übertriebenen Zahlen abgesehen) auf bis zu 300.000 oder 1,2% der Bevölkerung. Es wird angenommen, dass sie außer in sehr abgelegenen Gebieten selten Gemeinden bilden, sondern am ehesten im engsten Familienkreis ihren Glauben ausüben und ihn aus Sicherheitsgründen wohl oft vor ihren Kindern verheimlichen, wenn sie ihre christliche Überzeugung nicht sogar gänzlich für sich behalten.

Aus China zurückkehrenden Neu-Christen, die Bibeln oder anderes illegales religiöses Material mit sich führen, sind dem Regime als angebliche Verbündete feindlicher ausländischer Mächte ein Dorn im Auge. Nordkoreanische Agenten geben sich in China als Konvertiten oder Pastoren aus, um Geld von südkoreanischen Organisationen zu bekommen und infiltrieren Gemeinden in China, oder gründen gar falsche Gemeinden in China oder Nordkorea, um nordkoreanische Flüchtlinge und Konvertiten zu haschen. In Kindergärten und Schulen in Nordkorea erhalten Kinder Preise für das Auffinden von „kleinen schwarzen Büchern“ zu Hause, was im Erfolgsfall prompt zum Verschwinden der Familie in einem Lager führt.

Fast jedes Jahr dringen vereinzelte Berichte an die Öffentlichkeit über Menschen, die aufgrund

des Besitzes oder der Verbreitung von Bibeln aus dem Ausland zum Tode verurteilt bzw. exekutiert wurden.

Im Juni 2009 wurde Ri Hyon Ok für das Verteilen von Bibeln in Ryongchon öffentlich hingerichtet, und nach dem Prinzip der Sippenhaft wurden ihre Eltern sowie ihr Ehemann und die Kinder in ein Lager für politische Gefangene verbracht.

Im Mai 2009 wurden 20 Christen einer Untergrundgemeinde in Kuwal-dong (Provinz Pyongan) festgenommen und in ein Arbeitslager eingeliefert, sowie die drei Personen, die als Anführer galten, hingerichtet.

4. Verfolgte Menschen in anderen Krisengebieten

4.1 Weltverfolgungsindex 2010²

Die zehn Länder, in denen Christen am stärksten verfolgt werden (Stand Januar 2010) sind:

1. Nordkorea (1)
2. Iran (3)
3. Saudi-Arabien (2)
4. Somalia (5)
5. Malediven (6)
6. Afghanistan (4)
7. Jemen (7)
8. Mauretanien (12)
9. Laos (8)
10. Usbekistan (9)

Jedes Jahr bewertet eine Arbeitsgruppe die Situation für Christen in einem Land anhand:

- veröffentlichter Übergriffe auf Christen im Berichtszeitraum
- Einschätzungen von Experten auf dem Gebiet der Religionsfreiheit
- eigener Erhebungen vor Ort

Informationen aus erster Hand

Open Doors befragt zumeist einheimische Mitarbeiter, Pastoren und Kirchenleiter vor Ort oder Experten. Die Platzierung eines Landes ergibt sich nicht nur aus veröffentlichten bzw. bekannten Übergriffen auf Christen im Berichtsjahr, sondern spiegelt vielmehr die grundsätzliche Religionsfreiheit für Christen in ihrem Land wider. Wenn vollständige und sichere Informationen aus einem Land nicht erhältlich sind, wirkt sich das in der Platzierung zugunsten des Landes aus - selbst wenn der tatsächliche Grad der Verfolgung möglicherweise höher liegt. Der Weltverfolgungsindex beschränkt sich auf die 50 von mindestens 60 Ländern, in denen Christen aufgrund ihres Glaubens am stärksten verfolgt oder benachteiligt werden.

4.2 Weitere aktuelle Krisengebiete (Nigeria und Iran)

a) Nigeria

Nigeria ist das bevölkerungsreichste Land des Kontinents. Der westafrikanische Bundesstaat zählt ca. 140 Millionen Einwohner. Mit seinen großen Erdölfeldern ist es prinzipiell ein reiches Land und einer der wichtigsten Exporteure des ‚schwarzen Goldes‘. Doch die Kluft zwischen arm und reich in dem Vielvölkerstaat ist groß, da eine Umverteilung aus den Einnahmen des Ölreichtums nicht oder nur marginal erfolgt.

Es besteht eine kaum überschaubare Vielfalt an religiösen Gemeinschaften. Ca. 50 % der Nigerianer sind Muslime, die sich im Wesentlichen auf den nördlichen Teil des Landes konzentrieren. Nahezu 40 % sind Christen, die überwiegend den südlichen Landesteil bevölkern. Der übrige Bevölkerungsteil von etwa 10 % bekennt sich zu traditionellen afrikanischen Religionen. Ein hoher muslimische Bevölkerungsanteil ist allerdings auch in den überwiegend von Yoruba bewohnten und an Lagos heranreichenden südwestlichen Bundesstaaten zu finden. Als Dachverband der nigerianischen Christen fungiert der Nigerianische Christian Council of Churches. Obwohl nur ein Zehntel der Bevölkerung Naturreligionen angehören, sind die Übergänge zwischen ihnen und dem Volksislam sowie dem Christentum oft fließend. Ahnenkult als auch Fetischismus spielen bei beiden Religionen aufgrund des Einflusses der traditionellen afrikanischen Religionen eine große Rolle.

In der Vergangenheit häuften sich Streitigkeiten zwischen den Religionsgruppen. Seit der Demokratisierung Nigerias 1999 nehmen Islamisierungstendenzen im ganzen Land zu. Auf Druck islamischer Gruppen wurde in den nördlichen Bundesstaaten die Scharia eingeführt. Seither fielen Tausende religiösen Pogromen zum Opfer. Verschiedene islamische Gruppen setzen sich

für die Einführung der islamischen Scharia in ganz Nigeria und unter anderem auch für das Verbot westlicher Bildung ein, was immer wieder zu blutigen Auseinandersetzungen mit Christen oder gemäßigten Muslimen führt. Trotz der in der Landesverfassung in Artikel 38 verankerten Religionsfreiheit kommt es in Nord- und auch in Zentralnigeria immer wieder zu ethnisch-religiös motivierten Übergriffen an Christen.

Durch den Tod des muslimischen Präsidenten Nigerias, Yar'Aduas im Mai 2010 hat sich eine zusätzliche Quelle der Spannung ergeben.

Der Islam wurde ab dem 11. Jahrhundert vom Norden her durch arabische Händler über die Karawanenstraßen in der Sahelzone verbreitet. Die christlichen Missionare kamen Jahrhunderte später vom Süden mit den britischen Kolonialherren. Während dort die Christen ihren Glauben frei und ungestraft leben können, gilt in den nördlichen Bundesstaaten das islamische Recht.³

Die Glaubensgeschwister dort stehen tagtäglich Verfolgung und Diskriminierung gegenüber. Vor Gericht, in der Schule, bei der Arbeit und in den Dingen des täglichen Lebens erfahren Christen keine faire Behandlung. In muslimischen Krankenhäusern werden sie abgewiesen, wenn bekannt wird, dass sie Nicht-Muslime sind. Viele Christen haben den Norden schon verlassen. Bibeln oder Studienmaterialien sind kaum zu bekommen.⁴

Ein Brennpunkt der Konflikte zwischen dem muslimischen Norden und dem christlich geprägten Süden sind die zentralnigerianischen Provinzen. Wiederholt kam es zu Zusammenstößen, die mehr als 1000 Menschen das Leben gekostet haben. Im Januar 2010 kamen bei Unruhen in der Provinzhauptstadt Jos (Bundesstaat Plateau), die sich am Bau einer Moschee entluden, mehrere hundert Menschen ums Leben. Im März 2010 kam es erneut zu Ausschreitungen zwischen Angehörigen des Hirtenvolkes der Fulani (Muslime) gegen die Dorfbewohner der Berom (Christen) im Dorf Dogo Nahawa, bei denen über 500 Menschen starben. Diese Ereignisse müssen in einem Gesamtzusammenhang gesehen werden. Gewalt mit einer religiösen Komponente trat in Nord- und Zentral- Nigeria immer wieder in den Jahren seit 1987 auf. Allerdings begannen starke und wiederkehrende Unruhen Ende der 90er Jahre und in den folgenden Jahren mit dem Ruf nach der Einführung der Sharia in verschiedenen Bundesstaaten des Landes.

Nach Aussagen nigerianischer Kirchenleiter liegt der Ursprung der Gewalt gegen Christen in der weltweiten Vormarsch-Strategie der Islamisten. Durch hohe Geburtenraten und eine stetige Zuwanderung, aber auch mit Gewalt wollen sie Plateau und dessen Hauptstadt Jos dem Islam unterwerfen. Die Gemeinden stehen vor großen Herausforderungen. Besonders schwer trifft es die Frauen ermordeter Christen. Die Witwen — häufig mit vielen Kindern — leiden große wirtschaftliche Not, können die Miete oder Schulgelder nicht mehr bezahlen. Denn mit dem Tod ihrer Männer haben sie auch kein Einkommen mehr. Zudem fehlt das Geld, um niedergebrannte

Häuser oder Kirchen wieder aufzubauen. Häufig wurden wiedererrichtete Gebäude bei weiteren Konflikten erneut zerstört. Um auf die wiederkehrenden Gewaltakte mit der friedlichen Botschaft des Evangeliums zu antworten, brauchen die Christen Gebet und Unterstützung.⁵

b) Iran

Religion

Im Iran leben noch etwa 280.000 Christen. Zu 90 % sind die Christen im Iran Anhänger der armenisch-apostolischen Kirche, 20.000 bis maximal 40.000 assyrische Christen, etwa 3.000 Chaldäer und wenige Protestanten. Nach Schätzungen gibt es etwa 25.000 Juden, 30.000 Anhänger des Zoroastrismus und einige tausend Mandäer.

Ethnien

Die Bevölkerung im Iran (74,1 Millionen) setzt sich zusammen aus ca. 65 % Persern, ca. 16 % Aserbaidshanern, 7 % Kurden, 6 % Luren, ca. 2 % Araber, 2 % Belutschen, 1 % Turkmenen, 1 % türkischstämmigen Nomaden wie die Kaschgai und einigen kleineren Minderheiten, wie christliche Armenier, Assyrer, Georgier sowie Juden. Daneben leben im Iran zahlreiche Flüchtlinge: zwei Millionen aus Afghanistan und 203.000 aus dem Irak. 20.000 Iraner befinden sich als Flüchtlinge im benachbarten Irak.

Der **Iran** (Persien) ist ein Staat in Westasien. Mit rund 74 Millionen Einwohnern und einer Fläche von 1.648.195 km² zählt er zu den 20 bevölkerungsreichsten und größten Staaten der Welt.

Der fortschrittliche, auf den Westen gestützte, aber auch unpopuläre und korrupte Schah wurde durch die schiitische islamische Revolution abgesetzt und 1979 die Islamische Republik ausgerufen. Eine weniger fanatische Führerschaft hat seit 1990 die ruinösen Wirtschaftsprinzipien, globalen Auseinandersetzungen und den Export der islamischen Revolution abgeschwächt. Doch die islamischen Geistlichen stehen als Revolutionswächter über den Politikern und spätestens seit dem Amtsantritt von Mahmud Ahmadinejad als Präsident 2005 hat sich die Lage wieder wesentlich verschlimmert und bestehende Menschenrechte, auch das auf Religionsfreiheit, werden nachhaltig missachtet.

Insgesamt bekennen sich 98 % der Bevölkerung zum Islam (89 % Schiiten und 9 % Sunniten). Der Islam ist Staatsreligion. Die größte religiöse Minderheit stellen die im Iran entrechteten Bahai mit 150.000 bis 500.000 Anhängern, wobei meist die Zahl 300.000 angegeben wird.

Allen abweichenden Formen des Islam wie auch die nichtmuslimischen Minderheiten der Christen, Bah Zoroastrier und Juden werden unterdrückt und manchmal schwer verfolgt.

Die U. S Kommission für Internationale Religionsfreiheit (USCIRF) hat in ihrem Jahresreport, der zuletzt im März 2010 erschienen ist auf die schwerwiegenden Verstöße gegen die freie Meinungsäußerung, Religion und Glaubensüberzeugungen weltweit berichtet. In diesem Bericht werden mehrer Länder aufgeführt, die aufgrund schwerer Verletzungen der Religionsfreiheit große Besorgnis erregen. Dazu wird auch der Iran gezählt. Insbesondere erfahren neben den Christen die Gruppe der Bahai erhebliche Bedrängung und Verfolgung seit der Islamischen Revolution.

Auch die Auswanderung von weit mehr als einem Viertel der einheimischen 200.000 Armenier in den letzten 20 Jahren spricht aber eine deutliche Sprache, zumal von den Verbliebenen jährlich weiter ca. 7% auswandern. Insgesamt wandern nach Erkenntnissen der UN ca. 15.000 bis 20.000 Christen alter Konfessionen pro Jahr aus dem Iran aus.⁶

Wenngleich es die politische Führung gerne anders darstellt, so gibt es praktisch keine Religionsfreiheit im Land. Personen, die zum Christentum konvertieren, haben mit großen Problemen und Benachteiligungen bis hin zur Bedrohung ihres Lebens zu kämpfen. Im Iran kann der «Abfall vom Islam» die Todesstrafe bedeuten. Die Unterdrückung der Religionsfreiheit betrifft die größte religiöse Minderheit, die Baha'i sowie die katholischen und protestantischen Christen sowie die wenigen noch verbliebenen Juden im Iran.⁷ Die intensivste Überwachung und Verfolgung erfolgt im Zusammenhang mit dem Übertritt vom Islam zum Bahaismus und zum protestantisch-evangelischen Glauben. Der «Abfall' vom Islam» wird nicht nur in der Theorie mit der Todesstrafe geahndet, sondern sie wird auch tatsächlich ausgeführt. Die Todesstrafe für den Abfall, die so genannte *Apostasie*, vom Islam wird von Gerichten auferlegt und in den Gefängnissen ausgeführt. Hisbollah-Gruppen töten öffentlich oder geheim, um die Apostasie zu bestrafen. Als Begründung werden oft vermeintliche Verbrechen, unter anderem Spionage etc., angeführt. Da die Todesstrafe nicht durch das Gesetz festgeschrieben ist, berufen sich deren Befürworter auf eine Anweisung des Ayatollah Khomeini, die als ein Teil der Sharia gesehen wird. Die Anweisungen der Ayatollahs und der so genannten *fatwa* (verbindliche rechtliche Beurteilungen) von wichtigen islamischen Gelehrten, werden als separate juristische Autorität im Iran angesehen.⁸

Schluss

Zwei Reden des in diesem Jahr neu gewählten Bundespräsidenten Christian Wulff haben im Oktober große Aufmerksamkeit auf sich gezogen und auch viele Diskussionen hervorgerufen. Ausgehend von der Tatsache, dass in Deutschland inzwischen etwa 3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund ihre Wurzeln in der Türkei haben, hat der Bundespräsident auf die Notwendigkeit der Achtung der jeweiligen Kulturen und Religionen hingewiesen. Zunächst mit seiner Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2010:

„...Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland. Vor fast 200 Jahren hat es Johann Wolfgang von Goethe in seinem West-östlichen Divan zum Ausdruck gebracht: ‚Wer sich selbst und andere kennt, wird auch hier erkennen: Orient und Okzident sind nicht mehr zu trennen.‘⁹

Und dann erneut, schon wenige Wochen später bei seinem Staatsbesuch in der Türkei vor dem türkischen Parlament am 19. Oktober 2010:

„Unsere Nationen gehören schon seit langem gemeinsam dem Europarat an. Seine Prinzipien, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, wie sie in der Europäischen Menschenrechtskonvention niedergelegt sind, binden uns. Dazu gehört auch der Schutz der Minderheiten sowie religiöser und kultureller Pluralismus. Muslime können in Deutschland ihren Glauben in würdigem Rahmen praktizieren. Die zunehmende Zahl der Moscheen zeugt hiervon.

Gleichzeitig erwarten wir, dass Christen in islamischen Ländern das gleiche Recht haben, ihren Glauben öffentlich zu leben, theologischen Nachwuchs auszubilden und Kirchen zu bauen. In allen Ländern müssen Menschen die gleichen Rechte und Chancen genießen, unabhängig von ihrer Religion.“¹⁰

Diese Redebeiträge, liebe Synodale, lassen hoffen, dass Religionsfreiheit in der Türkei auch das öffentliche Ausüben von anderen Religionen als dem Islam beinhalten kann. Gerade im Hinblick auf unsere eigenen Verbindungen und Erfahrungen, die wir mit unseren Schwestern und Brüdern im Tur Abdin in der Süd-Ost Türkei machen konnten, sind solche Zeichen von besonderer Wichtigkeit. Die Bedrängnis und Ängste, denen die Christen der Syrisch-Orthodoxen Kirche im Tur Abdin ausgesetzt sind, erfüllen uns mit großer Sorge und im Gebet wollen wir bitten und hoffen, dass die Grundrechte der Religionsfreiheit in ihrer gesamten Konsequenz allen Religionen in der Türkei und anderen Ländern zuteil werden.

Bei der Erstellung dieses Berichts haben mir andere mit ihrem Fachwissen und ihrer Erfahrung geholfen. Insbesondere Rudolf Bausch, aber auch die Pfarrer Christof Sauer und Hanna Josua.

In diesem Zusammenhang, liebe Synodale, möchte ich Sie auch nochmals daran erinnern, dass Sie sich in Ihren Bezirken dafür einzusetzen, dass möglichst viele Gemeinden den Gebetstag für bedrängte und verfolgte Christen am 26. Dezember sowie 2011 auch am Sonntag Reminiszerer, der von der EKD als gemeinsamer Gedenktag ausgerufen wurde, mit innerer Überzeugung zu begehen. Diese Gedenktage sind für die Christen weltweit von besonderer Wichtigkeit und Bedeutung und dienen dazu in unserer Gesellschaft deutlich zu machen, selbstverständliche Rechte und Freiheiten mit besonderer Würde zu achten und zu bewahren.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Klaus Rieth